

Niederschrift

**über die Sitzung des Realisierungsgremiums – Interkommunale Zusammenarbeit –
am 13. Oktober 2010 um 19:00 Uhr in Oldendorf, Rathaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer: Siehe anliegende Anwesenheitsliste.

Die Mitglieder des Realisierungsgremiums sind mit Schreiben vom 05.10.2010 vom Mediator Gunter Armonat zur Sitzung eingeladen worden. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Tagesordnung:

- 1.) Begrüßung
- 2.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.09.2010
- 3.) Beantwortung von Fragen zu den am 09.09.2010 besprochenen Handlungsfeldern
- 4.) Beratung über das Für und Wider der Fusion
- 5.) Verschiedenes

**Top 1:
Begrüßung**

Herr Armonat begrüßt die Anwesenden und führt in die Thematik ein. Hierbei verweist er nochmals auf den beschlossenen Arbeitstitel.

Mit der heutigen Beratung soll die 3. Phase des Mediationsverfahrens abgearbeitet werden.

**TOP 2:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.09.2010**

Herr Armonat dankt Herrn Martens für das ausführliche Protokoll.

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Arbeitskreises Himmelforten/Oldendorf am 09.09.2010 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	15
Dagegen:	0
Enthaltung:	3

**TOP 3:
Beantwortung von Fragen zu den am 09.09.2010 besprochenen Handlungsfeldern**

Einleitend stellt Herr Armonat fest, dass in der Sitzung am 02.09.2010 grundsätzlich Einigkeit über die Umsetzbarkeit der Handlungsfelder „Einwohner- und Gewerbemeldewesen/Bürgerbüro“, „Gemeinsamer IT-Betrieb einschl. gemeinsamen Netzwerk“, „Personaldienstleistungen“, „Gemeinsames Gebäudemanagement“ und

...

„Erhebung von Kommunalangaben/gemeinsame Kasse einschl. Vollstreckungsdienst“ erzielt wurde. Die Handlungsfelder wurden auf der Grundlage eines von der Kommunalberatung Hartema vorgenommenen „Rankings“, welches von Herrn Martens anhand der Niederschrift über die 2. Sitzung des Arbeitskreises beigefügten Anlage 2 anschaulich dargestellt wurde, ausgewählt.

Zu den Handlungsfeldern „Grundstücks- und Gebäudemanagement (mit gemeinsamen Personalpool)“, „Personalabrechnung“ und „Gemeinsame EDV-Strukturen“ wurden Fragen aufgeworfen, die in der heutigen Sitzung abgearbeitet werden sollen.

Handlungsfeld „Grundstücks- und Gebäudemanagement (mit gemeinsamen Personalpool)“

Dieses Handlungsfeld wird von Herrn Scharbatke anhand einer Power-Point-Präsentation kurz dargestellt.

Zum Bereich „**Gemeinsamer Personalpool**“ berichtet Herr Martens, dass die Schaffung eines auf Dauer angelegten Personalpools für Hausmeister und Schulsekretärinnen sämtlicher Schulen in Trägerschaft einer einzelnen Samtgemeinde unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses im Rahmen des Direktionsrechts grundsätzlich möglich ist. Die Bildung eines gemeinsamen dauerhaften Personalpools der Hausmeister und Schulsekretärinnen in Trägerschaft beider Samtgemeinden mit Einsatzort in beiden Samtgemeinden unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses würde die Grenzen des Direktionsrechtes des jeweiligen Arbeitgebers überschreiten. Bei dieser IKZ-Lösung bedarf es der jeweiligen Zustimmung der Beschäftigten.

Entsprechendes gilt für die Bildung eines dauerhaften Personalpools des Kindergartenpersonals, soweit die Kindergärten in der Trägerschaft der Mitgliedsgemeinden stehen.

Die rechtliche Situation sowie deren Auswirkungen werden von Herrn Armonat anhand des Beispiels der „Jobcenter“ erläutert. Sehr positiv bei der Schaffung von „Personalpools“ sei die durchgängige Spezialisierung.

Festzustellen sei, dass die bisherige Diskussion sehr einvernehmlich gelaufen sei und sich keine großen Hürden aufgezeigt haben.

Auf Nachfrage von Herrn Hildebrandt hinsichtlich der Abrechnung des Kindergartenpersonals im Falle einer Poolbildung stellt Herr Falcke fest, dass die tatsächlichen Personalkosten zum Jahresende jeweils den einzelnen Gemeinden zugeordnet würden.

Herr Knoop merkt an, dass der erste Schritt die Einverständniserklärung des Arbeitnehmers zur Änderung des Arbeitsvertrages sei. Die Praxis habe gezeigt, dass eine einvernehmliche Lösung wahrscheinlich sei.

Herr Heinsohn regt an, im Vorfeld zu sondieren welche Mitarbeiter/innen und Kommunen zu dieser Form der Zusammenarbeit bereit wären.

Auf Nachfrage von Herrn Schlichtmann wird festgehalten, dass eine derartige Befragung nach dem Vorliegen des Gesamtergebnisses stattfinden sollte.

Herr Düe sieht die Bildung eines gemeinsamen Personalpools im Bereich der Kindergärten als schwierig an. Es sei nicht gewollt, bei den Mitarbeiterinnen Unruhe aufkommen zu lassen.

Herr Falcke stellt hierzu fest, dass der Bereich der Kindergärten aufgrund der sozialen Komponenten anders zu bewerten sei als z. B. der Bereich der Hausmeister.

...

Herr Armonat ergänzt, dass auf vorhandene gewachsene Strukturen Rücksicht genommen werden sollte.

Handlungsfeld „Personalabrechnung“

Die Sachbearbeitung in diesem Bereich wird derzeit in beiden Samtgemeinden unterschiedlich gehandhabt. Während die Samtgemeinde Oldendorf die Personalabrechnung in eigener Regie durchführt, wird diese bei der Samtgemeinde Himmelpforten von der Versorgungskasse Oldenburg vorgenommen.

Das damalige Angebot der Samtgemeinde Oldendorf wird laut Herrn Scharbatke gegenwärtig anhand der mit der Doppik eingeführten Produktverantwortlichkeit und der damit modifizierten Zeitanteile überprüft; wegen verschiedener Urlaubsabwesenheiten konnte noch keine abschließende Bearbeitung erfolgen. Es werde alles daran gesetzt, ein möglichst günstiges Angebot zu unterbreiten.

Zur effizienten Bearbeitung der Personalabrechnung sollte in diesem Zusammenhang auch über eine Zusammenarbeit im Bereich der Personalsachbearbeitung nachgedacht werden.

Ein Klärungsgespräch soll in Kürze auf Verwaltungsebene stattfinden.

Handlungsfeld „Gemeinsame EDV-Strukturen“

Zum Handlungsfeld „**Gemeinsame EDV-Strukturen**“ berichtet Herr Scharbatke, dass zwischenzeitlich seitens der Samtgemeinde Oldendorf ein Strategiepapier zur Schaffung gemeinsamer EDV-Strukturen erarbeitet wurde, welches zunächst auf Verwaltungsebene miteinander besprochen und ggf. modifiziert werden muss.

Eine zukünftige Bearbeitung des Handlungsfeldes nur mit dem Einsatz eigener Mitarbeiter/innen gestaltet sich schwierig, da nur eine EDV-Kraft in beiden Samtgemeinden beschäftigt ist. Von daher wäre im Falle einer Abwesenheit der Fachkraft keine interne Vertretungsmöglichkeit gegeben.

Zusammenfassend stellt Herr Scharbatke fest, dass in vielen Bereichen identische Software eingesetzt werde und damit die Grundvoraussetzung für eine Zusammenarbeit (ggf. auch mit Dritten – Samtgemeinde Harsefeld, Stadt Stade, private Dienstleister -) gegeben sei.

Herr Armonat ergänzt, dass die EDV-Strukturen der Kommunen in Zukunft auch für die Bürgerinnen und Bürger immer größere Bedeutung erlangen werden. Mit der vermehrten Einführung von E-Government-Angeboten geht eine große Erleichterung für die Bevölkerung einher.

Fazit:

Herr Armonat stellt fest, dass bezüglich der erörterten IKZ-Handlungsfelder Einigkeit erzielt wurde; mit der Abarbeitung dieser Handlungsfelder kann begonnen werden. Der Weg dafür ist bereitet.

Für Herrn Hildebrandt sind Verwaltungen und Gemeinderäte gefordert, an einer Umsetzung der IKZ mitzuarbeiten. Wichtig sei, die Umsetzung nicht zu lange hinaus zu zögern.

Herr Mügge stellt fest, dass alle Handlungsfelder ausführlich betrachtet worden seien. Seitens der Samtgemeinde Himmelpforten und der Gemeinde Düdenbüttel sollte die IKZ fortgesetzt werden.

Die Mitglieder des Realisierungsgremiums stimmen der Zusammenarbeit in den betrachteten Handlungsfeldern einstimmig zu.

...

Exkurs IGS Fredenbeck:

Herr Bönnighausen stellt fest, dass die Bemühungen der Samtgemeinde Fredenbeck zur Einrichtung einer IGS möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Schulstandorte der Samtgemeinde Himmelpforten und Oldendorf und damit auch auf die interkommunale Zusammenarbeit haben könnten. Seines Wissens sollen in Kürze die benachbarten Samtgemeinden zu einer Stellungnahme hinsichtlich der IGS Fredenbeck aufgefordert werden. Auf Kreisebene ist eine Befassung hiermit in der im November 2010 stattfindenden Schulausschuss-Sitzung vorgesehen.

Hierzu führt Herr Scharbatke aus, dass bisher lediglich zu einer Informationsveranstaltung am 26.10.2010 eingeladen wurde.

Herr Schlichtmann ergänzt, dass auf Kreisebene zunächst eine Entscheidung des Landes Niedersachsen über eine mögliche 4-Zügigkeit von Gesamtschulen abgewartet werden solle.

Für Herrn Falcke ist es sehr wichtig, auch bei dieser Thematik zusammen zu arbeiten um zum Wohle der Region nach vorheriger Absprache mit einer Stimme zu sprechen.

Herr Scharbatke berichtet, dass originärer Schulträger einer IGS der Landkreis Stade ist. Schuleinzugsbereiche der IGS'en Stade und Buxtehude seien festgelegt. Sollten die Bereiche der Samtgemeinden Oldendorf und Himmelpforten in einen neu zu bildenden Schuleinzugsbereich der IGS Fredenbeck fallen, könnten erhebliche Probleme für die Schulstandorte Himmelpforten und Oldendorf entstehen.

TOP 4:

Beratung über das Für und Wider der Fusion

Zu dem Für und Wider einer Fusion verweist Herr Armonat auf die dem Gutachten des Büros Hartema entnommenen Auszüge und erläutert diese anhand der Power-Point-Präsentation Seite für Seite ausführlich. In vielen Bereichen Niedersachsens sind Fusionen zu Einheitsgemeinden bzw. Fusionen von Samtgemeinden vollzogen bzw. zumindest angedacht worden.

Neben vielen anderen Aspekten zeigen auch die Finanzdaten des Jahres 2006 eine Vergleichbarkeit beider Samtgemeinden.

Herr Falcke berichtet, dass sich die Schlüsselzuweisungen im Falle einer Fusion um 600.000,- € jährlich erhöhen würden. Abzüglich der Kreisumlage ergäbe sich hieraus ein Netto-Mehraufkommen von rund 300.000,- € jährlich. Zuzüglich der aufgezeigten Einsparpotentiale würde somit aus einer Fusion ein finanzieller Vorteil von rund 600.000,- € jährlich resultieren. Sehr interessant sei in diesem Zusammenhang auch, dass der Landkreis Cuxhaven im Falle der Fusion Otterndorf/Sietland befristet auf die sich aus den erhöhten Schlüsselzuweisungen ergebende höhere Kreisumlage verzichtet hat.

Herr Düe stellt fest, dass die Erfahrung zeige, dass größere Einheiten in der Realität nicht immer günstiger seien.

Für Herrn Armonat sind die aufgezeigten Mehreinnahmen und Einsparpotentiale absolut nachvollziehbar. Für alle Kommunen sei es wichtig, sich einen möglichst großen finanziellen Bewegungsspielraum zu erhalten.

Auf Nachfrage von Herrn Heinsohn wird festgestellt, dass der Effekt der „Einwohnerveredelung“ zur Folge hat, dass sich die auf die übrigen Kommunen zu verteilende Finanzmasse verringert.

...

Herr Knoop verweist auf die aus seiner Sicht erfolgreichen Fusionen im Bankenwesen. Größere Einheiten führen regelmäßig auch zu einer höheren Qualität der Aufgabenerledigung. Die Steigerung der Arbeitsqualität sei auch aufgrund der immer höher werdenden Anforderungen unabdingbar. Wichtig sei, die Einsparpotentiale für die Zukunft festzuschreiben.

Herr Wartner ergänzt die Ausführungen von Herrn Knoop um die Feststellung, dass hiermit auch die Servicequalität für Bürgerinnen und Bürger erhöht werde. Auch sei es z. B. im Bauamtsbereich für kleinere Verwaltungen kaum noch machbar, die erforderliche Fachkompetenz für Ausschreibungen vorzuhalten. Eine Spezialisierung sei in fast allen Bereichen erforderlich. Auch die Fusionen der Krankenkassen haben in der Vergangenheit letztendlich positive Effekte nach sich gezogen.

Für Herrn Hinck ist es entscheidend, wie an eine Fusion heran gegangen werde. Beide Samtgemeinden werden in Zukunft gezwungen werden, zu fusionieren. Derzeit sei noch Handlungsspielraum gegeben. Auch im Falle einer Fusion würde eine noch relativ kleine Einheit mit weniger als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern geschaffen werden.

Herr Schlichtmann sieht die Möglichkeit, dass Aufgaben der aufzulösenden Regierungsvertretung in Lüneburg und des Landkreises Stade von einer größeren Samtgemeinde übernommen und erledigt werden könnten. Die Verwaltungsspitzen würden zukünftig höher als bisher nach B 2 bzw. A 16 besoldet werden. Die Strukturen würden sich wie folgt darstellen: Das Rathaus, das Schulzentrum, Wohnen im Alter und der Einzelhandel würden in Himmelpforten dargestellt. Oldendorf hätte ein schönes Sportzentrum mit Entwicklungsmöglichkeiten. All dies spricht für Herrn Schlichtmann eindeutig gegen eine Fusion.

Herr Hildebrandt sieht es als erforderlich an, alle Aufgabenfelder im Falle einer Fusion neu zu beleuchten.

Nach Ansicht von Herrn Heinsohn sollten sich die Verwaltungen zunächst mit der Umsetzung der einzelnen Handlungsfelder befassen und die Ergebnisse abwarten.

Herr Falcke regt an, die Verwendung der Mehreinnahmen und Einsparpotentiale bereits im Vorwege festzulegen. Entsprechende Vorschläge für eine Mittelverwendung (z. B. Beschaffung Feuerwehrfahrzeuge, Einführung Bürgerbus, Senkung der Samtgemeindeumlage) könnten an die Rathäuser gegeben werden.

Herr Wartner stellt fest, dass in der nächsten Sitzung Vor- und Nachteile einer Fusion aufgezeigt und offen besprochen werden sollten. Aus seiner Sicht überwiegen auf der Grundlage der gemachten Ausführungen eindeutig die Vorteile.

Zum Thema Fusion sollten laut Herrn Armonat zunächst alle Informationen der heutigen Sitzung „mit nach Hause genommen werden“. Auf dieser Grundlage wäre dann in der nächsten Sitzung eine Entscheidung zu fällen und ein zeitlicher Ablauf fest zu legen.

TOP 5: Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Realisierungsgremiums findet am Donnerstag, dem 02.12.2010 um 19:00 Uhr im Rathaus der Samtgemeinde Himmelpforten statt.

Herr Armonat schließt die Sitzung um 21:10 Uhr.

Liebeck